

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 37

Er erscheint Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 9. September 1928

Verlagsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.  
Fernruf: Berlin E2, Kupfergasse 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

44. Jahrgang

## Der Internationale Sozialistenkongress zu den Fragen der Wirtschaft.

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Neben den politischen Fragen, die auf der Tagung des Internationalen Kongresses in Brüssel erörtert wurden, hat die Stellungnahme zu der wirtschaftlichen Entwicklungsepoche des letzten Jahrzehnts für die Gewerkschaften ein besonderes Interesse. In der Kommission, der die Frage zur Behandlung überwiesen wurde, ergab sich sehr bald eine Uebereinstimmung darüber, welche Nachteile in dem rasenden Tempo der Rationalisierung im Arbeitsprozeß für die Arbeiterklasse entstanden sind; wiewohl starke Mächtigkeiten das Anwachsen der Konzerne, Trusts und Kartelle, sowohl politische wie auf wirtschaftlichem Gebiete bedeutet und welche Kampfmittel den Gewerkschaften demgegenüber zu Gebote stehen. Ergab sich in der Aufzeichnung der wirtschaftlichen Entwicklung eine vollständige Uebereinstimmung, so kam in der Wertung gerade der Rationalisierung eine geringe Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck.

Schon Hillquit (Amerika) hatte in seinem vorzüglichen Referat, in dem er die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten und die Verschiebung der überlegenen Macht des Finanzkapitals von Europa nach Amerika darlegte, betont, daß die Rationalisierung auch in Amerika auf Kosten der Arbeiter sich vollzog. Obwohl dort die Konsumkraft der Massen eine gewisse Steigerung erfahren hat, liefert die steigende Arbeitslosigkeit den Beweis, daß ein Ausgleich zwischen gesteigerter Produktion und erhöhtem Konsum nicht in befriedigendem Maße erfolgt ist.

Es fehlte auf dem Kongress nicht an Stimmen, wenn auch vereinzelt, die eine Frontstellung gegen die Rationalisierung forderten. Aber die in der sozialistischen Kritik immer folgerichtige Erkenntnis, daß ein Ausschalten in der technischen Entwicklung des Betriebes und auch in der Akkumulation des Kapitals ein aussichtsloses Beginnen ist, kam klar zum Durchbruch. Wir würden zurückkehren zu einem Stimmungsausbruch wie er die englischen Textilarbeiter beherrschte, als im vorigen Jahrhundert die Spinnmaschinen und der mechanische Webstuhl eingeführt wurde. Nicht nur, daß es sich bei der Rationalisierung um eine zwangsläufige Tendenz in der kapitalistischen Entwicklung handelt, es ist auch ein kultureller Fortschritt, wenn wir in immer höherem Ausmaß menschliche Arbeit durch maschinelle Leistung ersetzen; besonders dann, wenn es gelingt, durch eine Verbilligung in der Produktion und Preisherabsetzung der Ware eine gesteigerte Aufnahme des Absatzes in den breiten Volksmassen zu erreichen. Ein Industriefaakt, der auf eine rückständige Produktionsform sitzen bleibt, verliert die Kon-

kurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und wird auf dem Innenmarkt vom Auslande überrannt. Insofern bedeutet die Rationalisierung auch vom Interessenstandpunkt der Arbeiter gesehen, einen gewissen Vorteil.

Nun aber zu den Abwehrmitteln, die in der Resolution des Kongresses im Interesse der Arbeiterklasse empfohlen werden. Die Resolution besagt darüber:

„Innerhalb jeder Nation muß die Arbeiterklasse es lernen, ihre politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Macht dazu zu benutzen, um die kapitalistischen Monopole unter die Kontrolle des Gemeinwehens und der organisierten Arbeiterklasse zu setzen, die öffentliche Wirtschaft und die Genossenschaften der Arbeiter auf Kosten der Privatwirtschaft der kapitalistischen Monopole auszuweiten und zu entwickeln und zum Schutze der durch die neuen Produktionsmethoden gefährdeten Massen die Arbeiterchutzgesetzgebung und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterorganisationen bei der Durchführung der Rationalisierung auszubauen. Sie muß ferner die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung, die Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Kollektivverträge und die Sicherung steigender Reallohne erkämpfen.“

Die hier empfohlenen Mittel erscheinen gegenüber dem Riesenausmaß der kapitalistischen Macht etwas schwach. Otto Bauer hat das in seinem Referat über die politische Lage wohl mit einem deutlichen Hinweis auf diesen Passus der Resolution zu erkennen gegeben und von einem Neo-Revisionismus gesprochen. Gewiß, die Kontrolle der Monopole mit Hinzuziehung der organisierten Arbeiterklasse wird wenig an dem Hauptübel der Arbeitslosigkeit ändern. Die Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, die dauernde große Arbeitslosigkeit in England und in Deutschland sowie die wachsende Arbeitslosigkeit in Amerika lassen erkennen, daß das Arbeitslosenproblem im Vordergrund steht. Die Resolution hat das nicht deutlich hervorgehoben, aber der Hinweis auf die Gestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung läßt hier einen weiten Spielraum für die praktische Anwendung. Je mehr wir in die Rationalisierung der Betriebe, in den Zusammenschluß zu großen Industrielkonzernen hineingeraten, je deutlicher wird es sichtbar, daß im gleichen Tempo der Verbrauch der menschlichen Arbeitskraft geringer wird und infolgedessen eine rationelle Verteilung der Arbeitsleistung auf die Gesamtsumme der vorhandenen Arbeitskräfte erfolgen muß. Das heißt, mit der

Rationalisierung muß eine Verkürzung der Arbeitszeit gleichen Schritt halten, um die frei werdenden Kräfte wieder in Dienst zu stellen. Die Arbeitslosenversicherung ist gut, sie hilft uns über die schwerste soziale Bedrängnis hinweg; aber das Entscheidende ist, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Man ist vielfach auch in unseren Kreisen der Meinung, die durch die Rationalisierung frei werdenden Kräfte finden durch die Ausdehnung der Produktion, insbesondere auch durch die Herstellung neuer komplizierter Maschinen in dem so erweiterten Produktionsgebiet wieder Aufnahme. Schließlich habe sich das auch in der zurückliegenden Periode der kapitalistischen Entwicklung gezeigt. Man übersieht hierbei, daß auch in der zurückliegenden Periode die Verkürzung der Arbeitszeit eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Verlegen wir uns doch in die Zeit vor 30 Jahren zurück, wo eine zwölfstündige Arbeitszeit nicht selten und die zehnstündige die Regel war. Mit dieser Arbeitszeit ist durch die gewerkschaftliche Tätigkeit von Etappe zu Etappe stark aufgeräumt und ganz von selbst ein gewisser Ausgleich herbeigeführt, die die wirtschaftliche Entwicklung mit der menschlichen Arbeitsleistung im Einklang brachte. Natürlich hat die Ausbehnung der Industrie und des Handels eine nicht minder große Rolle gespielt in der Heranziehung neuer Arbeiterschichten. Aber diese Entwicklung hat sich verhältnismäßig langsam und stetig vollzogen. In der gegenwärtigen Entwicklungsperiode überstürzt sich die Neuanwendung technischer Hilfsmittel, die kapitalistische Betriebsführung konzentriert sich in dem Streben, menschliche Arbeitskräfte intensiv auszunutzen; aber im Gesamtaufwand im Produktionsprozeß zu ersparen. Deshalb der Ueberfluß an Arbeitskräften, die zu einem Teil dauernd brach liegen.

Bei diesem rasenden Tempo der Entwicklung ist es uns nicht gelungen, den Absatzmarkt entsprechend zu erweitern, sowohl den Inlands- als den Auslandsmarkt. Gewiß haben wir die Aufgabe zu erfüllen, durch erhöhte Löhne die Konsumfähigkeit der großen Masse zu heben; aber täuschen wir uns nicht, es wird uns nicht in dem Ausmaß gelingen, um auf den Inlandsmarkt die Aufnahmefähigkeit zu erlangen, die eine so intensiv gesteigerte Warenerzeugung verlangt. Dazu kommt, daß der Auslandsmarkt keine Entwicklungsfähigkeit zeigt; das große Absatzgebiet erweitert sich nicht mehr, weil in den bisher industriell zurückgebliebenen Ländern eine eigene Industrie entstanden ist, die die fremde Einfuhr von Waren zurückdrängt.

Demgegenüber wird man Otto Bauer nicht unrecht geben können, wenn er eine Kontrolle der Kartelle mit Hinzuziehung einer Arbeitervertretung und international über ein Wirtschaftsamt nicht allzu große Bedeutung beimißt. Dennoch wird man die Forderung,





Der Einnahme von 100 Proz. stand demnach eine Ausgabe von 106,33 Proz. gegenüber. Die Abteilung B verbrauchte von der reinen Beitragseinnahme 105,01 Proz., während bei der Abteilung A nur 88,71 Proz. in Frage gekommen sind. Da die ab 1. Juli 1928 zur Durchführung gekommene Erhöhung der Beiträge für die Mitglieder der Abteilung B im 2. Halbjahr 1928 eine Mehreinnahme von etwa 20 000.— Mfr. ergeben dürfte und der Krankenbestand erfahrungsgemäß in diesem Halbjahr ein geringerer zu sein pflegt, ist anzunehmen, daß auch die Abteilung B das Jahr leidlich zufriedenstellend abzuschließen vermag.

In der Sterbekasse wurden von der Gesamteinnahme verbraucht: Für Leistungen 32,53 Proz., für Verwaltungskosten usw. 7,15 Proz. und für Rücklagen zum Reservefonds 60,32 Proz.

Die Mittel des Fonds wurden verwendet: Für Invalidenunterstützung 59,50 Proz., für die sonstigen Zwecke des Fonds 0,70 Proz. und für Rücklagen 39,80 Proz.

An Krankmeldungen gingen einschließlich des vom Vorjahr verbliebenen Bestandes 3663 ein. Gesundheitsmeldungen erfolgten 3236, so daß am Schlusse des ersten Halbjahrs ein Krankenbestand von 427 verblieben ist.

Die Zahl der Unterstützungstage betrug 118 656.  
G. J.

### 15. Ausschusssitzung des ADGB.

Am 1. September trat der Bundesausschuß in Hamburg zu seiner 15. Tagung zusammen.

Beipart stellte zu Beginn der Sitzung mit, daß die Zentralfstelle für Unfallverhütung beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften im Januar 1929 eine Reichs-Unfallverhütungswoche veranstalten will. Es wird besonderer Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften gesetzt.

Die Unfallverhütungspropaganda soll durch die Presse, durch Vorträge, Lichtbild- und Filmvorführungen betrieben werden. Auch der Rundfunk wird in den Dienst der Sache gestellt werden. Mit besonderem Nachdruck wird die Bedeutung unfallverhütender Maßnahmen in den Schulen und Jugendabteilungen der Gewerkschaften zu behandeln sein. Auch gewerbehygienische Maßnahmen sowie die Bekämpfung der Berufskrankheiten wird das noch in Vorbereitung befindliche Programm umfassen.

Im Hinblick auf die große Zahl der Arbeitssopfer empfahl Beipart die während der Reichsunfallverhütungswoche in Aussicht genommenen Veranstaltungen in vollem Maße zu unterstützen.

Der Bundesausschuß schloß sich einstimmig diesem Vorschlag an.

Der Bundesausschuß nahm ferner einstimmig eine Entschließung gegen

#### die Verlängerung der Lehrzeit

an, die von der Konferenz der Jugendleiter vorgeschlagen worden war, die am 13. Juli in Köln stattgefunden hat.

Seit einiger Zeit sind in verschiedenen Berufen die Organisationen des Handwerks befreit, die Lehrzeit, soweit sie noch nicht die gesetzliche Höchstdauer von 4 Jahren erreicht hat, zu verlängern.

Der Bundesausschuß des ADGB lehnt diese Bestrebungen als sachlich nicht gerechtfertigt ganz entschieden ab und erwartet von den gewerkschaftlichen Mitgliedern der Gesellenausschüsse der Innungen und Handwerkskammern, daß sie gegen Beschlüsse der Innungen und Handwerkskammern zur Verlängerung der Lehrzeit Einspruch bei den Aufsichtsbehörden erheben. Von den Aufsichtsbehörden fordern die Gewerkschaften, daß sie solchen Beschlüssen ihre Zustimmung verweigern.

Im übrigen beschäftigte sich der Bundesausschuß mit der technischen Vorbereitung des Kongresses.

### Bezirksversammlung in Eisenberg.

Die Zahlstelle Eisenberg hatte in Verbindung mit dem Gauvorstand die Zahlstellen, in denen die Eisindustrie vorherrschend ist und ferner die Zahlstellen, die in nächster Nähe von Eisenberg liegen, zum 25. und 26. August zu einer Bezirksversammlung nach Eisenberg eingeladen. Der von Eisenberger Kollegen gehegte Wunsch, eine Reichskonferenz der Eis-

arbeiter einzuberufen, mußte wegen der Kürze der Zeit und der mangelnden Vorarbeiten auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden.

Als am Sonnabend nachmittag kurz nach 4 Uhr in Eisenberg die Züge aus zwei Richtungen eintrafen, setzte die Muffel zur Begrüßung der Erschienenen ein. Nach herzlicher Begrüßung ging es unter den Klängen der Musik in stattlichem Zuge nach dem Volkshaus. Erschienen waren über 100 Kollegen aus den Orten Altenburg, Gera, Gößnitz, Ilmenau, Jena, Ruhla, Schmöln, Stadtroda und Zeitz. Der Sonnabend war dem gemüthlichen Teil gewidmet. Der große Volkshausaal war in einen Fichtenhain verwandelt, der am Abend die Erschienenen mit den Eisenberger Kollegen und Kolleginnen zu einem Tange vereinigte. Da wurden Freundschaften erneuert und neue geschlossen, und zu später Stunde konnten die mehr als 100 Gäste Freiquartiere beziehen.

Am Sonntag, dem 26. August, 9 Uhr vormittags, begann die Tagung. Der Kollege Lander vom Gauvorstand begrüßte die Erschienenen und wünschte der Tagung besten Erfolg. Darauf übergab er den Vorsitz dem Kollegen Sitz von der Zahlstelle Eisenberg.

Herr Bürgermeister Thiesche begrüßte die Bezirksversammlung im Namen der Stadt Eisenberg und gab u. a. ein Bild über die Entwicklung der Eisenberger Eisindustrie. Herr Dr. Schneider hatte seine Doktorarbeit freundlichst zur Verfügung gestellt und an der Hand dieser konnte Herr Bürgermeister Thiesche eine knappe, aber erschöpfende Schilderung geben. Einen besonderen Anlaß dazu bot vor allem der Tag. Dem genau vor 75 Jahren gründete Carl Spahn am 27. August 1853 in Eisenberg die erste Eisfabrik. Carl Spahn war ein vom Freiheitsdrang durchglühter alter 48er Revolutionär. In dem sturmbelegten Jahre von 1848 ging er mit anderen nach Altenburg und von da zog die kleine Schar mit dem Feldwebel Carl Spahn nach Baden-Baden. Nach einigen Gefechten wurde er gefangen genommen und kam mit dem Buchbindermeister Döring aus Ronneburg in das Gefängnis nach Rastatt. Als einfache Bauern verkleidet gelang es beiden nach der Schweiz zu entfliehen. In der Schweiz erlernte Spahn die Eisfabrikation und als im Jahre 1853 durch den neu an die Regierung gekommenen Herzog von Sachsen-Altenburg eine Amnestie für alle politischen Flüchtlinge erlassen wurde, kehrte auch Carl Spahn nach Eisenberg zurück. Trotz Amnestie kam er erneut ins Gefängnis, und zwar in die alte Fronfeste. Hier wurde es ihm gestattet, sich mit der Herstellung von Eis zu beschäftigen, und nachdem die Vorarbeiten im Gefängnis soweit beendet waren, gründete er nach seiner Entlassung die Spahnische Eisfabrik. Die geräuschige Fortsetzung dieser Fabrik mündet in der von Mag. Reich Nachf., Inhaber Wilhelm Schneider, heute der größten am Platze und wahrscheinlich auch der größten im Reich. So lag die Wiege der Eisenberger Eisindustrie, die heute für unsere Stadt eine große Bedeutung hat, im Gefängnis, und ich kann nur wünschen, daß Ihre Tagung zum Besten dieser Industrie und der beteiligten Arbeiterschaft beitragen mag.

Ueber das Thema Lohnniveau und Tarifverhältnisse referierte Kollege Wachner. Er wies einleitend darauf hin, daß früher, wo keine Organisation bestand, die Lohnhöhe immer vom Arbeitgeber bestimmt wurde. Viele Jahre waren erforderlich, um wenigstens einem Teil der Arbeiterschaft klar zu machen, daß, wenn sie Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewinnen wollte, sie sich vereinigen müßte. Schwere Kämpfe waren erforderlich, um den Einfluß der Arbeiter auf das Lohnniveau zu erzwingen. Wachner schilderte in dem interessanten einseitigen Vortrag, wie mit zunehmender Erstarkung der Organisation das Lohnniveau zugunsten der Arbeiterschaft immer mehr verbessert werden konnte. Wenn dennoch gerade für die Eisarbeiterschaft die Lohnstufe noch nicht erreicht worden ist, die gewonnen werden muß, so liegen die Gründe dafür in der Hauptsache in den Orten, wo die Kollegenschaft nicht so gut organisiert ist, wie in Eisenberg, Ilmenau oder Ruhla. Nachdem Kollege Wachner sich eingehender mit den Verhältnissen in der Eisindustrie beschäftigt hatte, kam er auch auf die Lage der Buchbinder und Kartonnagenarbeiter zu sprechen. Die unterschiedliche Lohnhöhe, die sich in den verschiedenen Tarifen zeigt, ist ein Spiegelbild für die Güte der Organisation im Reich. Durch die überwiegende Bedeutung, die die Gewerkschafts-

organisationen im wirtschaftlichen Leben errangen, gelang es, die leitgebenden Körperchaften dahin zu bringen, im Interesse der Arbeiterschaft, wie der Wirtschaft überhaupt, Gesetze zu erlassen, die für alle Berufsangehörige verbindend sind. Dabei ermahnte Kollege Wachner, besondere Vorsicht anzuwenden in der Stellungnahme der Arbeiterschaft gegenüber dem Schlichtungsverfahren und der Herbeiführung der Zwangstarife. An einigen Beispielen wies er nach, daß trotz allgemeiner Verbindlichkeitsklärung der Tarife die Löhne dann nicht gezahlt werden, wenn die Arbeitnehmer nicht den Mut haben den tariflichen Lohn zu verlangen. Ferner zeigte der Referent, in welchem Maße die Mitglieder in der Provinz durch den Tarifvertrag gewonnen haben gegenüber der Großstadt. Er gab auch zu, daß es oft die Mitglieder in den kleinen und kleinsten Orten recht schwer haben, sich im Kampfe um ihren Tariflohn durchzusetzen, aber mit Hilfe des Hauptleiters geht es schon, man muß nur wollen. Der Kampf um die Lohnhöhe, wie überhaupt um den Ausbau der Tarifverträge, wird fortgesetzt und der Erfolg hängt von dem Geiste, der Mitgliederzahl und der gutgefüllten Verbandskasse ab. Daran intensiu mitzuarbeiten ist nicht nur die Aufgabe der gewählten Funktionäre, sondern jedes weiblichen und männlichen Mitgliedes.

Auch dieser Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Rodstrah-Zeitz; Lehn-Jena; Lander-Weimar; Günther-Altenburg; Gottschall-Ilmenau; Sitz-Eisenberg; Jaburonski-Jena, die sich hauptsächlich im Sinne des Referenten äußerten.

Anschließend begründete Kollege Klingenschmidt nachstehende Entschließung, die von der Bezirksversammlung einstimmig angenommen wurde:

Die heute am 26. August 1928 in Eisenberg tagende Bezirksversammlung richtet das Ersuchen an den Verbandsvorstand, in Kürze eine Reichskonferenz für die Eisbranche einzuberufen. Die in sehr vielen Orten in Deutschland vertretene Branche mit ihren recht unterschiedlichen, zurückgebliebenen Lohnverhältnissen muß in gemeinsamer Arbeit aller Zahlstellen zu größerer Einheitslichkeit, besonders auch in der Akkordebezahlung, kommen. Wir erwarten von dieser Konferenz, daß nach geschaffenen Grundlagen bestimmte Richtlinien aufgestellt werden, denen von allen Berufsangehörigen in allen Orten zugestrebte werden muß.

Nachdem konnte Kollege Sitz an drei Jubilare der Zahlstelle Eisenberg die Ehrenurkunde vom Verbandsvorstand für 30jährige treue Mitgliedschaft überreichen, und zwar an die Kollegen Alfred Ente, Emil Keller und Paul Bräuer. Sitz hob die Verdienste derselben um die Zahlstelle hervor, die sehr viele Jahre in Verbindung mit dem Kollegen Ernst Engelmann um die Besserstellung der Arbeiterschaft gekämpft haben. Allen wünschte er eine noch recht lange Zugehörigkeit zu unserem Verbands in geistiger und körperlicher Frische.

Die Kollegen Gottschall und Hecht dankten für die freundliche Aufnahme und Unterkunft, die sie in Eisenberg gefunden haben und für die gelungene Veranstaltung durch Gauvorstand und Zahlstelle.

Nach gemeinsamer Mittagstafel in den gastlichen Räumen des Volkshauses zogen alle Teilnehmer voll befriedigt unter den Klängen der Musik durch die Stadt in das herrliche Mühlthal. In der Walkmühle verbrachte man die letzten Stunden einer anregenden Unterhaltung.

### Verlängerung der Krisenfürsorge.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Krisenfürsorge mit Wirkung vom 17. September von 26 auf 39 Wochen zu verlängern. Dadurch wurde eine gewerkschaftliche Forderung erfüllt, die sich als immer notwendiger deshalb erweist, weil die deutsche Wirtschaftslage von Monat zu Monat schlechter zu werden beginnt. Die Arbeitslosenfrist beginnt wieder zu steigen und die Dauer des einzelnen Arbeitslosenfalles ist noch immer abnorm groß. Das geht aus den amtlichen Zahlen der Arbeitslosenstatistik deutlich hervor. Danach erhielten am 15. August 404 022 männliche und 163 698 weibliche Hauptunterstützungsempfänger die Arbeitslosenunterstützung, und 67 500 männliche sowie 13 395 weibliche Arbeitslose die Krisenunterstützung als Hauptunterstützungsempfänger, so daß für die letztere insgesamt 80 895 Arbeitslose in Frage kamen.

# Für unsere Kolleginnen

## Das Weib des Streikenden.

Als ich dir einst mein heilig Jawort gab,  
Da wußt' ich wohl, was ich dir zugeschworen:  
Dir treu zu sein bis an und über's Grab,  
Und treu den Kindern, die noch ungeboren.  
Ich wußt' es wohl, daß Armut unser Los,  
Und daß die Not uns dauernder Gefährte,  
Doch schien der Opfer keines mir zu groß,  
Daß ich dir Weib und Kampfgenossin werde.

Und was ich dir gelobt — ich hielt es treu,  
Ich hielt's in guten, wie in schlimmen Tagen,  
Und nie hat mich ergriffen bange Reu,  
Und nie vernahm dein Ohr von mir ein Klagen.  
Ich pflegte dein und unserer Kinder Schar,  
Gebrochen nie von Elend, Not und Kummer,  
Obwohl mein Los vielleicht das schwerste war  
Und selbst die Nächte ohne Ruh und Schlummer.

Und nun, da heiß der Klassenkampf entbrannt,  
Da bang die Welt erbebt in Ungewittern  
Und wilder Schladetruß geht durch alles Land,  
Da sollte ich, das Weib des Volkes, zittern?  
Nun sollt' ich dir in den erhob'nen Arm,  
Der auch für mich kämpft, feig und mutlos fallen?  
Und sollt' aus banger Scheu vor Not und Harm  
Ich dämpfen deines Jornes Ueberwallen?

Nein, nimmermehr! Ich weiß, ich bin dein Weib,  
Ich weiß, ich bin die Mutter deiner Kinder,  
Und dir gehö' ich zu mit Seel' und Leib,  
Und stehst im Kampfe du — steh' ich dahinter!  
Nicht nur zu Lust und süßem Täuschenspiel  
Hab' ich mit dir den Ehebund geschlossen —  
Wir kämpfen beide für das große Ziel,  
Der Not Geschwister und des Leids Genossen.

Und wenn in uns'rer Stube dumpf und kalt  
Dor Frost und Hunger uns're Kinder wimmern,  
Und wenn Verzweiflung mir das Herz umkrallt  
Und alle Hoffnung mir zerstückelt in Trümmern,  
Ertragen will ich, was mir zugehört:  
Des Hungers Qual und selbst der Kinder Klagen.  
Doch, daß ich zum Derräter dich gemacht,  
Das soll von deinem Weibe keiner jagen.

Als ich dir einst mein heilig Jawort gab,  
Da wußt' ich wohl, was ich dir zugeschworen.  
Und halten will ich dir's bis über's Grab,  
Dir und den Kindern, die ich dir geboren.  
Ich will sie wärmen mit dem eignen Leib  
Und nähren sie mit meinem letzten Bißten,  
Doch rein sei meine Ehre als dein Weib,  
Und rein mein proletarisches Gewissen.

Ernst Klauer (aus dem „Postillon“)

Ausreichende Schonfristen für alle erwerbstätigen Frauen vor und nach der Niederkunft unter Gewährung einer ausreichenden Unterstützung in dieser Zeit.

Die internationale Frauentkonferenz war sich aber auch darin einig, daß die Verwirklichung dieser Grundsätze und Forderungen nur erreicht werden kann, wenn alle erwerbstätigen Frauen sich dafür einsetzen. Aber auch nur dann werden die Forderungen ihrer Verwirklichung entgegengehen, wenn die Mitarbeit der Frau durch die gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeitnehmer erfolgt.

Die internationale Frauentkonferenz hat mit der Aufstellung ihrer Forderungen zum Ausdruck gebracht, daß noch viel, sehr viel, um die Lage der erwerbstätigen Frauen zu verbessern, gerungen werden muß. Darum kann es für alle arbeitenden Frauen nur eine Parole geben: Sine in die politische und gewerkschaftliche Front der Arbeiterklasse! Nur durch Zusammenstoß zum Glück und Wohlstand der arbeitenden Menschheit!

U. P.

## Frauen im Reichstag.

In den neugewählten Reichstag ist auch wieder ein stattlicher Kreis von weiblichen Abgeordneten eingezogen. Der „Bund Deutscher Frauenvereine“, der die große Zusammenfassung der bürgerlichen Frauenbewegung darstellt, hatte vor Schluß des alten Reichstages an die Parteien die Mahnung gerichtet, den Frauen einen größeren Einfluß im Parlament einzuräumen. Die bürgerlichen Parteien sind allerdings dieser Mahnung nicht nachgekommen und die sozialdemokratische Partei hatte den Wahnwitz nicht nötig, denn sie hat von jeher für die Gleichberechtigung der Frauen gekämpft. So gehören von den weiblichen Abgeordneten die größte Zahl der Sozialdemokratischen Partei an.

Von 152 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten sind 20 Parlamentarierinnen. Während bei der SPD. der Anteil der Frauen an den Mandaten gestiegen ist, ist er bei den bürgerlichen Parteien gefallen. 20 Sozialdemokratinnen stehen 13 bürgerlichen Frauen gegenüber. Diese 13 weiblichen Abgeordneten entstammen den 398 Abgeordneten sämtlicher bürgerlicher Fraktionen. Den Deutschnationalen gehören von 45 Abgeordneten 2, von 62 Zentrumsmitgliedern 3, von 73 Abgeordneten der Volkspartei auch 2, von 25 demokratischen Reichstagsabgeordneten ebenfalls 2 und von der 14 Mann starken Fraktion der Bayerischen Volkspartei nur 1 dem weiblichen Geschlecht an. Und von den 54 kommunistischen Mandaten gehören den Frauen ganze 3. Die Gleichberechtigung der Frau ist also für die Sozialdemokratie kein leeres Geschwätz. Auch an der Zahl der weiblichen Abgeordneten sieht man wieder, wo die Fraueninteressen am besten gewahrt werden.

Die weiblichen Abgeordneten entstammen vorwiegend dem Lehrberuf, und zwar 12. Von den 20 Sozialdemokratinnen gehören 4 dem Lehrberuf an. Die weiblichen Reichstagsabgeordneten interessieren sich vorwiegend für die Fragen der Erziehung, der Jugend und der Schule. Sie bearbeiten diese Gebiete in unserem Sinne. Sie beschäftigen sich jedoch auch mit den Fragen des Mutter- und Kinderschutzes, dem Strafrecht, der Sozialgesetzgebung usw.

In ihren Sachkenntnissen stehen sie den Männern an nichts nach. Sie arbeiten mit dem gleichen Eifer und mit dem gleichen Ernst und Fleiß, wie ihre männlichen Kollegen an der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Ihre besondere Aufmerksamkeit schenken sie natürlich der Frauenfrage. Sie drängen vor allem darauf, daß das Los der arbeitenden Frauen besonders berücksichtigt wird.

Die Mitarbeit der Frau im Parlament ist heute unentbehrlich geworden. Hoffen wir, daß in der Zukunft noch mehr arbeitende Frauen in den Reichstag einziehen. Denn ohne die Mitarbeit der Frau ist der soziale Aufstieg nicht möglich.

## Die internationale sozialistische Frauentkonferenz.

Vor kurzem fand in Brüssel eine bedeutungsvolle Frauentkonferenz statt, die auch für die gewerkschaftlich organisierten Frauen, bei der Berichterstattung hierüber, sehr viel Interessantes bietet. Es handelt sich um die internationale sozialistische Frauentkonferenz, die von mehr als 100 Delegierten besetzt war und die rund eine Million politisch organisierte Frauen vertreten. Diese Konferenz diente, wie alle anderen Konferenzen, als Vorarbeit zur Erweiterung des politisch-rechtlichen Einflusses der Frau und zur Verwirklichung der besonderen Frauenforderungen.

Von den Themen, die dort behandelt worden sind, ist besonders das Thema hervorzuheben, welches sich mit den sozialistischen Forderungen der politischen Arbeiterbewegung für Mutter und Kind und für die Frau im Betriebe beschäftigt.

Ueberzeugt davon, daß das kapitalistische Regime notwendigerweise Todes- und Krankheitsgefahren für Mutter und Kind bedingt, verlangte die Konferenz die Schaffung sozialer Einrichtungen, die es allen proletarischen Frauen ermöglichen, die Mutterschaft nicht mehr als Bürde und Qual, sondern als Glück und Würde zu empfinden. So wurden von dem sozialistischen internationalen Frauenparlament u. a. folgende Forderungen für Mutter und Kind erhoben: Schaffung und Ausbau von Schutzbestimmungen für die schwangeren Wöchnerinnen und stillenden Mütter.

Die Ratifizierung und volle Durchführung des internationalen Washingtoner Übereinkommens über Wöchnerinnenschutz und dessen Ausdehnung auf alle berufstätigen Frauen.

Schaffung einer allgemeinen Mutterschaftsunterstützung für jede Mutter eines Säuglings aus öffentlichen Mitteln.

Sicherung unentgeltlicher ärztlicher Behandlung und entsprechender Pflegemöglichkeit in Entbindungsanstalten.

Schaffung von ärztlichen Beratungsstellen.

Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege, Schulfürsorge, tatkräftige Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus.

Ausbau des staatlichen und kommunalen Fürsorgewesens, insbesondere Verteilung von Milch, Hauskrankenpflege und Kinderkrippen.

Gesetzliche Maßnahmen zur völligen Gleichstellung der ehelichen mit unehelichen Kindern.

Gleichstellung der Frauen im Familienrecht.

Ebenso klar und bestimmt nahm die internationale sozialistische Frauentkonferenz zu der Lage der arbeitenden Frau Stellung. Da die Mehrzahl der Frauen, die im Erwerbsleben stehen, unter Bedingungen arbeiten, die menschenunwürdig sind, so müsse das Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung, nach der von der Referentin Gertrud Hanna vom ADGB, Berlin, vorgelegten und angenommenen Resolution, folgendes sein:

Freiheit für die Frauen, sich ihren Lebensweg nach ihren Kräften und nach ihrem Können zu gestalten.

Arbeitsbedingungen, die den Erwerbsarbeit verrichtenden Frauen die erforderlichen Kräfte und Fähigkeiten zu körperlicher und geistiger Entwicklung erhalten und die sie nicht hindern, die Frauen von der Natur zugewiesenen Funktionen als Geschlechtswesen zu erfüllen.

Da durch technischen Fortschritt und durch andere Ursachen bedingte Veränderungen in der Art der Warenproduktion und -verteilung Veränderungen in der Art der Verwendung von Frauenkräften eintreten können, lassen sich Forderungen im einzelnen auf lange Sicht nicht aufstellen.

Als Mindestforderungen müssen aber gelten:

Begrenzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden täglich und auf 48 Stunden in der Woche für alle erwachsenen Frauen in Betrieben jeder Art und jeden Berufes.

Eine Entlohnung der Frauen, die es ihnen ermöglicht, als Kulturmenschen zu leben, die unter Berücksichtigung des Wertes der Frauenarbeit für die Produktion und für die Gesellschaft als gerecht bezeichnet werden kann. Der in der Arbeiterbildung geltende Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung“ muß bei der Festlegung der Lohnhöhe im einzelnen, die in der Regel für Frauen und Männer gleichzeitig erfolgt, sinngemäß auch in den Fällen vertreten werden, wo Frauen nicht buchstäblich gleiche Arbeit leisten wie Männer.

Ausreichender Schutz gegen Gesundheitsgefahren in Betrieben aller Art.

## Die Buchbinderin.

Bereits in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts setzte in England eine Bewegung ein, die bestrbt war das durch die Einführung der Maschine so sehr heruntergekommene Handwerk wieder auf seine ursprüngliche Höhe zu bringen. Besondere Aufmerksamkeit widmete William Morris, der bei diesen Bestrebungen hauptsächlich die Praxis vertrat, dem Buchgewerbe; alle Arbeiten sollten hier wieder mit der Hand ausgeführt werden, sogar die Drucke lief er in seiner Werkstatt mit der Handpresse herstellen, während die Einbände sich diesen anzupassen hatten.

Dass diese Bewegung Früchte getragen hat, sehen wir an den geschmackvoll eingebundenen englischen Büchern, die alljährlich vor Weihnachten in unseren großen Buchhandlungen vor dem Krieg zum Verkauf auslagen, und zwar sind es in England vor allem die Frauen gewesen, die vermöge ihres besser geschulten Geschmacks für eine möglichst weite Verbreitung der Morris'schen Ideen gesorgt haben, ebenso wie ihre Anpassungsfähigkeit an den vornehmen, ruhigen Stil eines Burne Jones den heutigen englischen Frauentypus geschaffen hat.

Heute liegt das englische Buchbindergewerbe größtenteils in weiblichen Händen, und es scheint, als ob auch bei uns in Deutschland es den Frauen vorbehalten sein sollte, auf diesem Gebiet reformatorisch vorzudringen. Allerdings hat der Künstler, der von der Not gedrängt, sich dem Kunstgewerbe zuwendet, auch seinen Teil an diesen Bestrebungen. Aber immer häufiger wird in neuerer Zeit der Buchbinderberuf von gebildeten Frauen ergriffen, die den Mut besitzen, bahnbrechend vorzugehen, um auch hier der weiblichen Erwerbstätigkeit ein neues, dankbares Feld zu schaffen. So finden wir zum Beispiel in großen Städten, wie in Berlin, Hamburg usw. Buchbinderwerkstätten, die, von Meisterinnen geleitet, bestrbt sind, nur erstklassige Arbeiten zu liefern.

## Neuregelung der Hebammengebühren.

Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung haben weibliche Versicherte oder Ehefrauen, sowie Töchter, Stief- und Pflegekinder der Versicherten unter besonderer Voraussetzung Anspruch auf Wochenhilfe Neben Wochen- und Stillgeld müssen die Krankenkassen auch die Kosten der Hebammenhilfe bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden bezahlen.

Für den Freistaat Preußen hat der Minister für Volkswohlfahrt eine neue Verordnung über die von den Krankenkassen an Hebammen zu zahlenden Beträge erlassen. Danach ist der Hebamme für ihre Hilfeleistung bei der Geburt ohne Rücksicht auf die Dauer des Bestandes und die Schwierigkeit der Entbindung eine Pauschalgebühr von 36 Mk. in der Teuerungsklasse I, in den Teuerungsklassen II und III dagegen 32 Mk. zu bezahlen. Diese Pauschalgebühr enthält die Vergütung für alle Verrichtungen der Hebammen bei der Entbindung und für die vorgeschriebenen Wochenbesuche einschließlich der dabei erfolgenden Verrichtungen.

Wenn die Entbindung von der Hebamme nicht vollendet wird und die Geburt in einem Krankenhause erfolgt, dann erhält die Hebamme für ihre Hilfeleistung einschließlich der dabei erfolgten Verrichtungen die Hälfte von 36 bzw. 32 Mk.

Die Hebammen haben neben der Pauschalgebühr noch die Kilometergebühren zu beanspruchen. Für den Fall einer Entbindung in Häusern, die mehr als zwei Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamme, falls ihr nicht freies Fahrzeug gestellt wird, sowohl für den Hin- als auch für den Rückweg die baren Auslagen für tatsächlich benutztes Fahrzeug bzw. bei Benutzung der Eisenbahn die Fahrkarten der 3. Klasse und bei Benutzung der Straßenbahn deren Fahrpreise von der Krankenkasse zu erstatten. Benutzt die Hebamme kein Fahrzeug, dann erhält sie von der Krankenkasse für jeden Kilometer 20 Pf. Sonstige besondere Verrichtungen sind nach der Hebammen-Gebührenordnung zu erstatten. Desinfektionsmittel und Verbandstoffe sind der Hebamme ebenfalls von der Krankenkasse zu erstatten.

Die Hebamme ist nicht berechtigt, weitergehende Ansprüche, die die Krankenkasse befriedigt, an die Wöchnerin zu stellen.

## Die arbeitende Frau und ihre Gesundheit.

Die Nachkriegszeit hat eine große Anzahl von Frauen und Mädchen neu in das Erwerbsleben getrieben. Man glaubt feststellen zu können, daß der Gesundheitszustand der Frau durch die Berufsarbeit sich nicht verschlechtert, sondern eher noch gehoben hat. In einer Untersuchung, „Die Gesunderhaltung der Frau im Beruf“, die von Dr. med. Hilde Adler und Dr. Marie Luise Rehm kürzlich erschienen ist, wird behauptet, daß z. B. die früher so viel verbreitete Bleichsucht unter der weiblichen Jugend wesentlich zurückgegangen sei. Dabei spielt auch die moderne Frauenkleidung eine Rolle, die mit Ausnahme der Fräuleinbekleidung gesundheitlich viel besser als die frühere Mode ist. Vor allem sei der bessere Gesundheitszustand der Frau auf die Ablenkung von der eigenen Person zurückzuführen. Dr. Alice Solomon führt anlehnend an diese Untersuchung in der „Fr. Ztg.“ aus, daß nicht die Berufsarbeit an sich, sondern die Begleitumstände gesundheitsschädigend wirken. Man unterscheidet mittelbare und unmittelbare Begleitumstände. Zu den unmittelbaren sind die Arbeitsbedingungen zu rechnen. Die Quellen der Gesundheitsschädigung liegen meistens auf seelischem Gebiet. „Das gilt auch“, so heißt es in dem Artikel der „Fr. Ztg.“, „für die Industriearbeiterin, die am meisten unter ungünstigen äußeren Arbeitsbedingungen — langen Wegen, Akkordarbeit, Staub, schlechter Anordnung der Maschinen, Mangel an Rückenlehnen, Armstützen bei sitzender Lebensweise — leidet. Dazu gefügt sich aber noch die Enge und Dürftigkeit des außerberuflichen Lebens. Die Fabrikarbeiterin mag in den technisch vollkommensten Betrieben arbeiten; sie wohnt und ernährt und kleidet sich mit der Dürftigkeit der vorindustriellen Zeit. Sie ist belastet durch deren

## Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an unorganisierte Kolleginnen weiter.

mangelhafte Hygiene, deren Armutszügen. Die innere Leere der Arbeit und die Enge und Gebrechtheit des außerberuflichen Lebens erweckt in den Menschen einen Hunger nach aufregenden und aufreizenden Genüssen, der sein Weniges schließlich nur noch in der Befriedigung der Nahrungs- und Sexualinstinkte findet.“

Die Artikelschreiberin behauptet, daß dieser Menschentypus unter den Frauen durch die Arbeit stärker gezeichnet wird als unter den Männern. Auf den Mann lastet nicht auch noch der Druck der häuslichen Sorgen. Er hat nicht nur mehr Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf, sondern durch seine politische und gesellschaftliche Betätigung auch weit mehr Ablenkung. „Die Frauen drängen sich deshalb zu den sogenannten Vergnügungstättchen, die das kapitalistische System und die bürgerliche Moral geschaffen haben. Die Gesunderhaltung der arbeitenden Frau hängt davon ab, wie ihre Widerstandskraft gegen diese Einflüsse gestärkt werden kann.“

Es soll nicht bestritten werden, daß an diesen Behauptungen etwas richtig ist. Nach unserer Meinung wird die Gesundheit der Fabrikarbeiterin in erster Linie bestimmt durch die Arbeitsbedingungen, die die Artikelschreiberin ganz richtig gekennzeichnet hat. Soll die arbeitende Frau gesund bleiben und zum Gebären einer gesunden Nachkommenschaft befähigt sein, müssen vor allem die Lohn- und Arbeitsbedingungen gebessert werden. Die Länge der Arbeitszeit spielt bei den Frauen eine viel größere Rolle als bei den Männern. Diese zu verkürzen und die Einkommensverhältnisse zu bessern, sind die Gewerkschaften mit ihrer ganzen Kraft tätig.

## Wochenhilfe bei Kassenwechsel.

Während die grundlegenden Bestimmungen der reichsgesetzlichen Wochenhilfe und Familienwochenhilfe unter den Kreisen der Versicherten wohl allgemein bekannt sind, herrscht doch noch vielfach Unklarheit über die kleineren Ausführungsbestimmun-

gen. In sehr vielen Fällen sind gerade diese nebensächlicheren Vorschriften für die Wöchnerinnen von großer Bedeutung. Es ist dies meist dann der Fall, wenn es sich um Streitigkeiten handelt. Eine der Fragen, über die unter den Versicherten noch mancher Zweifel herrscht ist die der Leistungsgewährung bei Kassenwechsel. Der Absatz 5 des § 195a der Reichsversicherungsordnung bestimmt hierüber: „Bechelt eine Wöchnerin während der Leistung der Wochenhilfe die Kassenzugehörigkeit, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig.“ Ein derartiger Kassenwechsel kann dann eintreten, wenn die Wöchnerin innerhalb der sechs Wochen nach der Niederkunft (Bezugszeit des sogenannten Wochengeldes) die Arbeit wieder aufnimmt, und zwar in einem anderen Betriebe, der einer anderen Krankenkasse angehört. Diese Fälle sind in der Praxis durchaus nicht so selten. Nach dem Wortlaut des Gesetzes ist also die erste Kasse zur Weitergewährung der Wochenhilfeleistungen verpflichtet. Nun ist jedoch bei dieser Frage noch eine andere Sache von großer Bedeutung. Für die Zeit nach der Entbindung wird in der Wochenhilfe nur dann das Wochengeld in vollen Beträge (Höhe des Krankengeldes) gewährt, wenn die junge Mutter während dieser Zeit keine Lohnarbeit verrichtet. Der Absatz 4 des bereits erwähnten § 195a bestimmt nämlich, daß für die Zeit nach der Entbindung, in der die Wöchnerin gegen Entgelt arbeitet, nur das halbe Wochengeld gewährt wird. Da nun einem Kassenwechsel während der Bezugszeit des Wochengeldes logischerweise erst die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung vorangehen muß, so erhält dann die Wöchnerin von der ersten Kasse nur das Wochengeld in halber Höhe ausbezahlt.

Kl.-s.

## Frau und Zeitung.

In den Kreisen unserer Genossen wird oft darüber gepöbelt, daß wir Frauen ja doch nur in der Zeitung „die Geschichte und das Lokale“ lesen. Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir zugeben, daß wir Geschichte und Lokales bestimmt lesen, eine große Zahl auch wohl weiter nichts. Wir wollen einmal ganz außer acht lassen, daß auch manche unserer Genossen in dieser Hinsicht nicht besser sind als wir, und wir wollen ruhig bekennen, daß die meisten Frauen nach im Anfang ihrer politischen Entwicklung stehen und wissen, daß sie noch sehr viel an sich arbeiten müssen. Ein Stück dieser Arbeit kann durch unsere Arbeiterzeitungen geschehen, bei denen wir immer besser beraten sind als die Frauen, die die bürgerliche Presse lesen. Unsere Zeitung berichtet unserer Weitanschauung entsprechend und aus tiefstem Verständnis für unsere soziale und wirtschaftliche Lage über die Ereignisse der Zeit, die wirtschaftliche Lage, die politische Lage, die Verhandlungen im Reichstag und Landtag usw. Deshalb müssen wir uns bemühen, das Wichtigste in unserer Zeitung nicht zu übersehen. Das Wichtigste aber ist nicht die Geschichte der armen oder der reichen Johanna, oder wie die Hauptperson des Zeitungsmans sonst heißen mag, sondern die politischen Nachrichten und vor allem der Leitartikel, d. h. der Aufsatz, in dem ein Sachverständiger kurz und klar über die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage, kurz, über das zurzeit für uns alle Wichtigste, kritisch berichtet. Den Leitartikel auf der ersten Seite der Zeitung und die politischen Nachrichten müssen wir Frauen gewissenhaft lesen und, wenn möglich, mit Gesinnungsgenossen besprechen. Der Nächste dazu ist unser Mann, der sehr bald merken wird, daß wir an diesen großen Fragen des Lebens teilnehmen, und der uns gern helfen wird, diese Teilnahme wahrzuhalten. Haben wir aber erst den Anfang gemacht, dann werden wir bald die großen Zusammenhänge des öffentlichen Lebens erkennen und ungemein viel aus unserer Zeitung, natürlich der Arbeiterzeitung, lernen. Daneben dürfen wir natürlich auch unsere geistige Bildung und unsere Kulturaufgaben nicht vernachlässigen, für die wir das Material im wissenschaftlichen und unterhaltenden Teil unserer Zeitung schöpfen. Die Hauptsache ist nur, daß wir den Willen haben, recht viel zu lernen, und deshalb wirklich alles lesen, was in unserer Zeitung, unserm hervorragenden Bildungsorgan, steht.

L. M.



Berichte.

Berlin. Am 22. August fand eine gut besuchte Generalversammlung der Zahlstelle statt, in welcher der Geschäfts- und Kassenbericht für das 2. Quartal und der Bericht vom Verbandstag zur Tagesordnung stand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der im 2. Quartal verstorbenen Mitglieder und widmete der Kollegin Elise Unterlauf für ihre jahrelange Tätigkeit als Funktionärin, zuletzt als Beiratsmitglied, besonders anerkennende Worte.

Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Imhof. Zunächst streifte er die Arbeitslosigkeit, wobei er feststellte, daß leider die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe wieder zugenommen hat.

An Lohnbewegungen war noch über den Abschluß in der Maschinen-Kartonnagen-Industrie zu berichten, der erfolgreich durchgeführt wurde. Ein Streit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gab den Fortschritten der Arbeiterschaft den notwendigen Nachdruck.

Die Agitation im verfloffenen Quartal war eine recht lebhafte und konnte festgestellt werden, daß wir im Mitgliederbestand wieder einen Zuwachs zu verzeichnen haben, und zwar wurden insgesamt 271 Mitglieder gewonnen, so daß der derzeitige Mitgliederbestand 10 773 umfaßt.

Unser Rechtschuhabteilung wurde wieder sehr stark in Anspruch genommen; ein Beweis dafür, daß unsere Mitglieder zu dieser Einrichtung ein sehr großes Vertrauen haben.

Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß für die Zentralkasse eine Gesamteinnahme von rund 122 450 Mark zu verzeichnen ist, wovon an die Verbandskasse rund 62 734 Mk. eingeschickt werden konnten.

In der Diskussion wurde am Geschäfts- und Kassenbericht keine Kritik geübt. Kollege Hoffmann als Redner der Kommunisten glaubte sich nicht an die Tagesordnung halten zu müssen, indem er die Panzerkreuzerfrage zur Sprache zu bringen versuchte.

Kollege Imhof konnte sich in seinem Schlusswort kurz fassen und rechnete mit der kleinen Clique der Opposition ab. In sehr scharfen Worten verwahrte er sich dagegen, daß die Generalversammlung erneut zum Tummelplatz politischer Leidenschaften gemacht werde.

Für die turnusgemäß auscheidenden Revisoren, Kollegen Wittig und Jul. Otto, wurde dem Antrage der OB. entsprechend die Wiederwahl beantragt und wurde Wählig einstimmig und Otto gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

Ein Antrag auf Revision der Lokalaufschläge zur Arbeitslosenunterstützung wurde bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung vertagt, um dem Kassierer die Möglichkeit zu geben, entsprechend dem Beschluß des Verbandstages, der eine Veränderung im Unterstützungswesen brachte, eine

genaue Vorlage auszuarbeiten und der Versammlung zu unterbreiten.

In der „Roten Fahne“ wurde am Freitag, dem 31. August 1928, ein Bericht über unsere Generalversammlung gebracht, der die Wahrheit direkt auf den Kopf stellt. Zunächst wird der Verbandsvorsitzende und die Ortsverwaltung in der üblichen kommunistischen Art angepöbelte.

Wir hängen diesen läugerischen Bericht der „Roten Fahne“ hiermit niedriger und haben nur dazu zu bemerken, daß es den Kommunisten nur unmöglich gemacht wurde, eine Panzerkreuzerdebatte in breitem Ausmaße in unsere Versammlung hineinzutragen.

Es ist tief bedauerlich, wenn unsere gewerkschaftliche Arbeit durch politische Auseinandersetzungen gestört wird. Und wenn wir dieses verhindern, so liegt das wohl nur im Interesse unserer Organisation.

Dresden. Eine außerordentliche Generalversammlung fand am 16. August statt, die sich vornehmlich mit dem Bericht der Delegierten vom Verbandstag und der Neuwahl der Angestellten nach § 42 des Statuts befaßte.

Ein gutes Bild der Kassenverhältnisse am Orte konnte Kollege Kohl entwickeln. Trotz erheblicher Aufwendungen für Bildungszwecke, Unterhaltungen und den Umbau des Volkshauses zeigt die Lokalkasse einen ansehnlichen Bestand. Umfangreiche Arbeit und große Kosten macht die Umstellung des Kassierens auf die Berliner Art. Vereinzelt Widerstände, hervorgerufen durch die Buchabgabe und damit bedingtes markenloses Kassieren, zeigen Mangel an Einsicht, die überwunden werden müssen; dafür werden wir nach der Durchführung wesentliche Vereinfachung feststellen und genaue Kontrolle haben.

Kollege Scheide konnte im Schlusswort sich mit der Wiedergabe des tatsächlichen Geschehenen begnügen und die mangelnde Statuentemnis der Opposition feststellen. Hierauf wurde in ausführlicher Weise der Bericht vom Verbandstag gegeben, in welche Aufgabe sich die Kollegen Herzig, Quaas und Scheide teilten.

In der Fortsetzung der Versammlung am 30. August sollte dann sofort in die Debatte eingetreten werden. Da aber niemand das Wort dazu wünschte, ging man zum nächsten Punkt „Wahl der Angestellten“ über. Hierzu lag eine Entschließung Eberl vor, die den Angestellten das volle Vertrauen für ihre geleistete Arbeit ausspricht.

Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Wahl des Kollegen Scheide als Tarifauschussmitglied mit dem gleichen Stimmenverhältnis vollzogen. Kollege Wittke brachte die Vorschläge der Branchen zur Beiratswahl zur Kenntnis und gab den Wahltermin, 28. September, und die Wahllokale bekannt.

Lichtbildern auf unserem Apparat. Mit seiner „Reise von Mainz bis Köln“ verband Kollege Herzig vorzüglich Selbstgezeichnetes und Erlebtes den Zuhörern näherzubringen und fand damit den Beifall der Versammlung.

Reutlingen. Am 9. Juli fand unsere Halbjahresversammlung der Jugendgruppe statt, welche einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Jugendleiter Spedel erstattete den Tätigkeitsbericht, welcher erfreulicherweise nur Gutes berichten konnte. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß in diesem Jahr am 6. März unsere eigene Versammlungstätigkeit nach längerer Pause wieder aufgenommen wurde.

Bekanntmachung des Vorstandes. Adressenänderungen.

- B = Bevollmächtigter; K = Kassierer. Bielefeld. B: W. Ströhl. K: H. Hergt. Verbandsbureau: Marktstr. 21. Fernsprecher: 5479. Geschäftszeit: 11-1 und 4-6 Uhr. Bochum. B: Th. Dittmann, Grodmannstr. 7. K: A. Schröder, Oststr. 132. Auszahlung: Buchbinderei der Bergarbeiter-Zeitung, Wiemelhauser Str. 40/42. Wochentags 9-12 und 2-4 Uhr. Heilbronn. V. Kleinhecht. Verbandsbureau: Volkshaus zur Linde, Weinsberger Straße 1. Telefon: Nr. 1190 und 1847. Geschäftszeit: 10-12 und 3-6 Uhr. Kottbus. B: M. Kufhan, Kottbüh bei Kottbus, Am Priorgraben 1. K: Fr. Schmidt, Kottbus, Bauener Straße 134. Osnabrück. B: W. Springau, Osnabrück, Rosenplatz 32a. K: A. Steglich, Osnabrück-Eversberg, Werfener Straße 51. Auszahlung: Wochentags 6-6 1/2 abends im Gewerkschaftshaus.

Inhaltsverzeichnis.

- Der Internationale Sozialkongress zu den Fragen der Wirtschaft. Entscheldungen zu unseren Reichstaxiverträgen: Allgemeinerverbindlichkeit des V.D.B.-Tarifs. „Hohe Löhne — beste Konjunktur.“ Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund 1927. Die Zentral-Krank- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Gewerkschaftszweige. 15. Ausschüttung des V.D.B. Bezirksversammlung in Eisenberg. Verlängerung der Krisenfürsorge. Für unsere Kolleginnen: Das Weib des Streikenden. — Die internationale sozialistische Frauenkonferenz. — Frauen im Reichstag. — Die Buchbinderin. — Neuregelung der Hebammenegebühren. — Die arbeitende Frau und ihre Gesundheit. — Wochenhilfe bei Kassenwechsel. — Frau und Zeitung. Kommunistischer Klassenkampf. Zur Unabhängigkeit des Tarifvertrages. Betriebsunfall durch Leichterfelle. Arbeiter und Stenographie. Bezirksversammlung in Burg b. Magdeburg. Gautag in Bonn. Berichte: Berlin. — Dresden. — Reutlingen. Bekanntmachung des Vorstandes: Adressenänderungen.